Homo-Ehe: CDU trennt sich von Heteroplunder

Die Union will Gleichstellung, diskutiert aber, wie viel Gleichstellung es sein soll ▸ *Seite 2, 13*

taz.die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10041 | 9. WOCHE | 35. JAHRGANG

MONTAG, 25. FEBRUAR 2013 | WWW.TAZ.DE

€ 1,90 AUSLAND | **€ 1,30 DEUTSCHLAND**

HEUTE IN DER TAZ

JUPP HEYNCKES
Ovationen und Informationen zum tausendsten Ligaspiel
▸ SEITE 18

SYRIEN Wie Aktivisten in Aleppo den Schulunterricht wiederaufbauen
▸ SEITE 11

BERLIN Clubszene kämpft gegen das „Living Bauhaus“ am Spreeufer ▸ SEITE 21

Fotos: dpa; ap

VERBOTEN

**Guten Tag,
meine Damen und Herren!**

Was ist der Unterschied zwischen der Homo-Ehe und Stuttgart 21? Bei der Homo-Ehe wurde die CDU so lange genervt, bis sie endlich Ja sagte. Bei Stuttgart 21 wurde das Volk so lange genervt, bis es endlich Nein sagte. Silvio Berlusconi hätte das nicht besser hingekriegt, aber der hat die Leute inzwischen auch schon so genervt, dass es unsicher ist, ob die noch mal Ja sagen oder Nein oder einfach „Leck mich“ zum ganzen Schweinesystem, bei dem auch wiederum unsicher ist, ob das jetzt nicht Pferdesystem heißen müsste. Relativistische Kackscheiße würde der Papst sagen, der auch nervt, aber der

geht wenigstens von allein.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 12.498 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
fax 030 | 251 06 94
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz.die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

4 190254 801303 10609

Mehrheit gegen Stuttgart 21

UMFRAGE 54 Prozent der Baden-Württemberger lehnen das Bahnprojekt inzwischen ab, wie eine im Auftrag der taz und der Wochenzeitung „Kontext“ erstellte Emnid-Umfrage ergibt. Bei der Volksabstimmung im November 2011 hatten sich noch 59 Prozent dafür ausgesprochen. Seither sind die veranschlagten Kosten um die Hälfte gestiegen, zuletzt war von 6,8 Milliarden Euro die Rede. Auch die Proteste werden wieder stärker ▸ SEITE 3

Protest von Kopfbahnhofbefürwortern und Kostenexplosionskritikern am Samstag in Stuttgart Foto: Thomas Kienzle/Zeitenspiegel

KOMMENTAR VON **INES POHL** ZUM ERGEBNIS DER UMFRAGE ZU STUTTGART 21

Neue Fakten, neues Denken

Eine Umfrage, egal wie seriös und repräsentativ sie sein mag, ist natürlich keine Volksabstimmung. An dem Ergebnis der Emnid-Umfrage, die von der taz und der Wochenzeitung *Kontext* in Auftrag gegeben wurde, kann sich dennoch keiner vorbeimogeln. Dafür ist sie zu eindeutig.

Seitdem eine realistische Kalkulation auf dem Tisch liegt und die BürgerInnen wissen, dass der Tiefbahnhof Stuttgart 21 mindestens 2 Milliarden Euro teurer wird als zum Zeitpunkt der Volksabstimmung behauptet, kippt die Stimmung. 54 Prozent der Baden-Württemberger haben sich jetzt gegen den Weiterbau ausgesprochen.

Das sind Fakten, auf die verantwortliche PolitikerInnen reagieren müssen. Vor allem deshalb, weil es sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seinem Amt allzu präsidial gemütlich gemacht hat. Dabei half ihm das Scheinargument, er sei zwar im Wahlkampf gegen den Bau des neuen Bahnhofs gewesen, als gewählter Vertreter aber habe er sich nun mal dem Willen des Volkes zu beugen.

Die strategischen Gründe für diese Argumentation sind bekannt. Sie bescherten dem grünen Ministerpräsidenten den Frieden mit dem S 21 befürwortenden Koalitionspartner SPD, ohne den er nicht regieren konnte.

Was heißt das nun? In allererster Linie, dass Baden-Württemberger denkende Bürger sind. Die sich nicht allein von irgendwelchen parteipolitischen Vorgaben leiten lassen, sondern ihre Einschätzungen an Fakten orientieren. Interessant: Besonders eindeutig haben sich die schwäbischen Frauen mit 61 Prozent gegen S 21 ausgesprochen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt in Berlin und Brüssel, wie es geht, unliebsame Entscheidungen ganz präsidial an sich abperlen zu lassen. Für sie ist es ausgesprochen misslich, dass sie sich ausgerechnet bei S 21 so eindeutig positioniert hat und bereits vor zwei Jahren verkündete, die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ entscheide sich an dem Verkehrsprojekt.

Die Baden-Württemberger lassen sich nicht von parteipolitischen Vorgaben leiten

Das hat die grüne Landesregierung nie geglaubt, im Gegenteil. Sie sollte die aktuelle Umfrage und vor allem die aktuellen Kostenberechnungen nutzen, etwas anderes von der Bundeskanzlerin zu lernen: dass man nämlich seine Meinung auch radikal ändern kann, wenn es gute neue Argumente gibt. Und die liegen nun vor.

Atommülltanks undicht

USA In der ehemaligen Plutoniumanlage Hanford tritt aus Lecks in sechs unterirdischen Behältern flüssiger nuklearer Abfall aus

WASHINGTON/BERLIN *dpa/taz* In der ehemaligen Plutoniumanlage Hanford im US-Staat Washington tritt flüssiger nuklearer Abfall aus Lecks in sechs unterirdischen Tanks aus. Das teilte Gouverneur Jay Inslee laut Medienberichten mit. Das sei zwar eine beunruhigende Nachricht, es bestünden jedoch derzeit keine Gefahren für die Gesundheit, zitierte der Fernsehsender CNN den demokratischen Gouverneur.

Hanford gilt als der am schwersten radioaktiv verseuchte Ort der westlichen Hemisphäre. Hier wurde in den vierziger Jahren und im Kalten Krieg Plutonium zum Atombombenbau erzeugt. Später kamen mehrere Nuklearreaktoren hinzu, der letzte von ihnen wurde 1987 stillgelegt. Aus 6 von insgesamt 177 Tanks, deren Lebensdauer schon lange überschritten ist, sickern offenbar zwischen 70 und 1.000 Liter pro Jahr in die Erde. Dies hatte der scheidende US-Energieminister Steven Chu mitgeteilt. Bereits vor einer Woche war bekannt geworden, dass ein Tank undicht ist. Eine Analyse ergab nun Hinweise auf weitere löcherige Tanks.

▸ Wirtschaft + Umwelt SEITE 9

Deutschland gehackt

SPIONAGE Hacker attackieren deutsche Behörden und Konzerne. Die meisten Angriffe kommen aus China

HAMBURG/BERLIN *dapd/taz* | Deutsche Konzerne klagen über immer raffiniertere Angriffe auf ihre Computersysteme durch chinesische Hacker. Vor einigen Monaten habe es „eine bemerkenswerte“ Attacke auf die Rechner des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS gegeben, bestätigten Unternehmenskreise dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Auch ThyssenKrupp beklagte dem Bericht zufolge Mitte 2012 Angriffe, die „eine besondere Qualität“ aufwiesen. Die Täter sollen aus China stammen. Auf Computersysteme der Bundesregierung registrierte der Verfassungsschutz im Jahr 2012 fast 1.100 digitale Angriffe aus dem Ausland, die meisten ebenfalls aus China.

▸ Schwerpunkt SEITE 4
▸ Meinung SEITE 12